

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Hamburg

o. Landesparteitag 21.06.2014

Congress Center Hamburg

Beschlussbuch

Bildung/Ausbildung

Antragsbereich Bil/ Antrag 1

AfB

Annahme in geänderter Fassung

Für Hamburger Lehramtsstudierende den Zugang zum Masterstudium sicherstellen

Die Hochschulausbildung für angehende Lehrerinnen und Lehrer im Zuge der Umsetzung des Bologna-Prozesses, mit dem Mobilität im europäischen Raum - das heißt aber auch besonders zwischen den Bundesländern - gefördert werden sollte, hat für Lehramts-Studierende in Hamburg zu einer prekären Situation geführt.

Die allermeisten Bundesländer haben die Bachelor-Phase der Lehramtsstudierenden an ihren Hochschulen so ausgestaltet, dass Bewerber auf einen Master-Platz mit Bachelor-Examen aus anderen Bundesländern kaum eine Chance haben, weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllen. Der erfolgreiche Master ist jedoch Voraussetzung, ohne die das Referendariat nicht angetreten, und bei Erfolg der Lehrerberuf nicht ergriffen werden kann. Für Lehramts-Bachelor Absolventen gibt es keinen Berufsmarkt.

Hamburg ist das Bundesland, in dem viele Master-Anwärter aus anderen Bundesländern mit denen der Hamburger Hochschulen konkurrieren, die dann angesichts einer festgelegten Zahl von Master-Plätzen aufgrund der sog. Bestenauswahl chancenlos bleiben.

Dies ist für die Hamburger Hochschulen ein unhaltbarer Zustand, der nur auf zwei Wegen lösbar ist:

- a) Die KMK einigt sich darauf, dass keine durch Bachelor-Besonderheiten der Hochschulen des einzelnen Landes verkappten Landeskindervervorzungen entstehen.
- b) Hamburg folgt dem schlechten Beispiel anderer Bundesländer und macht seinen Hochschulraum durch die Einführung von Landesbesonderheiten für Bewerber/innen aus anderen Bundesländern dicht.

Die SPD Hamburg begrüßt den Beschluss der Bürgerschaft, eine Lösung auf Bundesebene zu erreichen und fordert Bürgerschaftsfraktion und Senat auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen KMK-Verhandlungen zu erreichen.

Bis dahin muss allerdings für Hamburger Bachelor-Absolventen im Lehramtsstudium eine Ausnahme-Regelung geschaffen werden, die ihnen ohne Benachteiligung den Abschluss ihres Studiums ermöglicht. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Initiative der BSB und der BWF, die es in Hamburg schon einmal unbürokratisch gab.

Antragsbereich Bil/ Antrag 2

Ortsverein Eimsbüttel-Nord
(Kreis III Eimsbüttel)

Ablehnung

Allen Studierenden ein Masterstudium ermöglichen

Der Master muss zum Regelabschluss gemacht werden. Allen Studierenden, die es wollen, soll es ermöglicht werden, den Master zu machen. Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, die dafür nötigen Mittel bereitzustellen.

Kultur

Antragsbereich Kul/ Antrag 1

AG 60+

Annahme

Mehr Bürgerinnen und Bürger für die Kultur gewinnen

Der Landesparteitag appelliert an Senat und Bürgerschaftsfraktion, alles kulturelle Engagement der Stadt auch daran zu prüfen, ob es Kultur in ihrer Vielfalt möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern erschließt und Schranken aus fehlender Bildung oder begrenzten materiellen Mitteln zu überwinden sucht.

Initiativanträge

Antragsbereich Ini/ Antrag 1

Kreis III Eimsbüttel

Annahme in geänderter Fassung

Rüstungsproduktion und Rüstungskontrolle

Trotz diverser Bemühungen haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass in der Welt nicht weniger kriegerische Auseinandersetzungen stattgefunden haben.

Eindeutig sind Kinder, Frauen, Alte und Kranke die am meisten schuldlos Leidenden.

Die Gründe für Kriege sind in der SPD oft diskutiert worden und die Analyse weitgehend streitfrei. Der Ansatz, durch Hilfen zu wirtschaftlichen Aufbau, der Transfer von Bildungs- und sozialen Möglichkeiten ist unbestritten. Auch eine wünschenswerte Verstärkung von Entwicklungshilfen und diplomatischen Bemühungen reichen nicht aus Frieden zu schaffen.

So lange Regierungen, Gruppen und Gruppierungen, denen es um Macht und Profit geht, nahezu unbegrenzte Möglichkeiten haben auf dem Weltmarkt Kriegsmaterial zu erwerben, werden Kriege durch wirtschaftliche, humanitäre, soziale und diplomatische Maßnahmen kaum eingedämmt.

Maßnahmen dieser Art und die Zurückführung der Rüstungsproduktion und Ausfuhr sind deshalb zusammen zu koppeln

Will man diese Thematik energisch angehen ist allerdings die Tatsache einzubeziehen, dass in Deutschland mit seiner hoch entwickelten Technologie viele Arbeitsplätze, zuzüglich einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen bei Zulieferbetrieben von der Rüstungsindustrie abhängig sind. Der Zusammenhang zwischen Rüstungsindustrie und Arbeitsplätzen darf niemand davon abhalten mit festen politischen Willen durch Umsteuerungen die Produktion zu begrenzen. Es geht nicht an, sich lediglich auf Schritte wie Begrenzung der Ausfuhr und intensivere Kontrollen zu beschränken.

Wir unterstützen die Politik von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die bestehenden Exportrichtlinien wieder restriktiv auszulegen und das Parlament endlich direkt nach Entscheidungen des Bundessicherheitsrats zu informieren.

Als ersten Schritt wird deshalb die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages ersucht

- eine stärkere Beschränkung der Ausfuhr von Rüstungsgütern vorzunehmen und hierbei auch die sogenannten „Kleinfeuerwaffen“ einzubeziehen.
- eine stärkere Kontrolle der Empfängerländer durchzusetzen und strengere Maßstäbe an Ausfuhrgenehmigungen zu legen.
- eine Strukturanalyse über die Qualifikationen der im Rüstungswesen beschäftigten Arbeitnehmer vorzunehmen, und im Zusammenhang damit die regionale Verteilung von großen Rüstungsbetrieben darzustellen.
- eine Konzeption zu entwickeln, die gestützt auf diese Daten eine längerfristig angelegte Umstrukturierung der Rüstungsbetriebe auf Produktion von volkswirtschaftlich wichtigen, notwendigen und friedlichen Produkten ermöglicht.
- Bei der Erarbeitung solcher grundsätzlichen Umstrukturierungsgedanken die Gewerkschaften und andere involvierte Gruppen und Institutionen einzubeziehen.
- die SPD-Bundestagsfraktion wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, auch bereits genehmigte Rüstungsexporte auf den Prüfstand zu stellen.

Antragsbereich Ini/ Antrag 2

Kreis VI Bergedorf

Annahme in geänderter Fassung

Für eine bessere medizinische Versorgung in den Bezirken

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Wir fordern den Senat auf, auf Asklepios einzuwirken, das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Herzog-Carl-Friedrich-Platz weiter zu betreiben bzw. dessen Kassenarztsitze im Bezirk Bergedorf zu belassen.
2. Wir fordern die Gesundheitsbehörde auf, sich im Rahmen der Landeskonferenz Versorgung für eine bessere Ärzteversorgung in den unterversorgten Bezirken und Stadtteilen einzusetzen und in diesem Sinne auf die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg (KVH) und andere relevante Institutionen einzuwirken. Dabei soll geprüft werden, ob eine Einteilung Hamburgs in kleinteiligere Versorgungsgebiete und Sozialräume sinnvoll ist.
3. Wir bitten die SPD-Bundestagsfraktion zu prüfen, ob

- a) eine Änderung des § 95, 1a, SGBV mit dem Ziel möglich ist, Krankenhäusern und Kapitalgesellschaften den Betrieb von MVZs zu untersagen, wenn dadurch eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung eintritt.
- b) Die bisherige Regelung in § 90 a, SGBV dahingehend geändert werden kann, dass die Landeskonferenzen verbindliche Beschlüsse zur Bedarfsplanung treffen können, die von den kassenärztlichen Vereinigungen umzusetzen sind.

Antragsbereich Ini/ Antrag 3 NEU

Winterhude-Nord

angenommene Fassung

Über Rechtspopulismus sprechen – Für demokratische Werte und eine pluralistische Gesellschaft kämpfen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Die SPD Hamburg räumt dem Thema Rechtspopulismus und einer kritischen Auseinandersetzung mit der AfD und ähnlichen Parteien oder gesellschaftlichen Strömungen in ihrer politischen Arbeit zukünftig einen größeren Stellenwert ein. Hierzu gehört auch, dass diesem Themenbereich in anstehenden Wahlkämpfen – so auch im bevorstehenden Bürgerschafts-wahlkampf - eine prominente Position eingeräumt wird. Die SPD Hamburg nimmt deshalb dieses Thema in ihr Wahlprogramm auf als einen eigenständige Beitrag.
- Zudem entwickelt die Landesorganisation Informationsmaterialien für die Bürgerinnen und Bürger mit den wichtigsten sozialdemokratischen Argumenten gegen die Weltsicht rechtspopulistischer Parteien und Strömungen. Des weiteren werden für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer Materialien (z.B. in Form von Argumentationskarten) entwickelt, um in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern gute Überzeugungsarbeit leisten zu können.

Antragsbereich Ini/ Antrag 4

Distrikt Veddel / Jusos Mitte

Annahme in geänderter Fassung

Soziales Wohnen fördern und 161 Wohnungen auf der Veddel vor Immobilienspekulationen schützen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die Bezirksfraktion Hamburg-Mitte, die SPD-Mitglieder der Kommission für Bodenordnung, die

SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat werden dazu aufgefordert, zu verhindern, dass mit dem sog. „Warmwasserblock“ auf der Veddel Immobilienspekulationen betrieben werden. Dazu sollen sie die Veräußerung des Gebäudekomplexes mit 161 Wohnungen an private Investoren, die den Erhalt des dortigen bezahlbaren Wohnraums nicht dauerhaft sicherstellen, verhindern.

2. Die Bezirksfraktion Hamburg-Mitte, die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat werden dazu aufgefordert, sich für eine Veräußerung des Warmwasserblocks unter Wahrung der berechtigten Mieterinteressen einzusetzen. In Betracht kommt dafür die Veräußerung an die SAGA/GWG, eine der anerkannten Wohnungsbaugenossenschaften in Hamburg oder an eine sich eventuell neu gründende Mietergenossenschaft.

3. Der Senat möge seinen Einfluss auf den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen der Finanzbehörde dahingehend ausüben, dass in Verhandlungen zur Veräußerung des Warmwasserblocks der Geschichte des Gebäudes und der Sanierungsbedürftigkeit ausreichend Rechnung getragen werden. Insbesondere soll eine vertragliche Regelung getroffen werden, nach welcher der Erwerber zur dauerhaften Erhaltung und Instandsetzung des Gebäudes unter Beibehaltung des niedrigen Mietniveaus verpflichtet wird.

4. Sollte eine Veräußerung an verlässlichen privaten Träger nicht möglich sein, soll der Warmwasserblock an die SAGA GWG veräußert werden. Hierzu möge der Senat seinen Einfluss auf den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen und die SAGA GWG entsprechend ausüben.

Antragsbereich Ini/ Antrag 5

Jusos

Ablehnung

Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beraten und beschließen:

1. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung für Studierende gem. § 245 SGB V wird von 7/10 auf 5/10 gesenkt. Das entspricht nach dem aktuellen allgemeinen Beitragssatz gem. § 241 SGB V einem Beitragssatz von 7,75% und liegt damit nur marginal unter dem Beitragssatz eines Arbeitnehmers.
2. Für die gesetzliche Pflegeversicherung soll es ebenfalls eine Regelung analog dem § 245 SGB V geben. Auch hier soll der Beitragssatz 5/10 des allgemeinen Beitragssatzes betragen. Das entspricht nach dem aktuellen allgemeinen Beitragssatz gem. § 55 SGB XI einem Beitragssatz von 1,025% und entspricht damit exakt dem des Arbeitnehmers.

Juli 6

**Initiativantrag
Hochschulräte abschaffen!**

Der Landesparteitag fordert Senat und Bürgerschaft auf, bei der Novelle des Hochschulgesetzes die Hochschulräte in beratende Gremien umzuwandeln. Ihre Entscheidungsbefugnisse sollen an die demokratisch legitimierten Gremien und Organe der Hochschulen übertragen werden. Ihre Zusammensetzung soll künftig verschiedene gesellschaftliche Bereiche und die Hochschulmitglieder angemessen repräsentieren.

Begründung:

Mit dem Hochschulgesetz von 2003 (CDU/FDP/Schill) sind den Hamburger Hochschulen sogenannte „Hochschulräte“ aufgesetzt worden. Sie sollten Aufsichtsräten von Unternehmen vergleichbar sein. Sie dienen der Einflußnahme der privaten Wirtschaft auf die Hochschulsteuerung*. Demokratisch gewählte Gremien wurden an ihrer Stelle abgeschafft oder in ihren Befugnissen stark gemindert. Dagegen gibt es seither unausgesetzt Kritik aus den Hochschulen und aus dem DGB.

Hochschulräte haben weitreichende Befugnisse bei den Wahlen von Hochschulpräsident/innen, Hochschul-Kanzlern (Verwaltungsleitern), der Beschlußfassung über Struktur- und Entwicklungspläne und Wirtschaftspläne. Damit sind sie inhaltliche Steuerungsorgane, die schon viel Schaden angerichtet haben.

Das „unternehmerische“ Handeln und Management ist schon im Bereich der privaten Wirtschaft höchst krisenhaft und gesellschaftlich schädlich. In öffentlichen, gemeinwohlorientierten Feldern der Gesellschaft (Schule, Hochschule, Soziales, Gesundheit, Kultur etc.) hat es nichts zu suchen.

Deshalb müssen die Mitgliederrechte der Hochschulen wieder gestärkt werden.

Kernaufgaben der Hochschulentwicklung müssen durch demokratisch legitimierte Gremien diskutiert und entschieden werden, in denen alle Mitglieder der Hochschulen repräsentiert sind. Dies gewährleistet eine Orientierung der Hochschulentwicklung an ihren gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und die Zurückdrängung ökonomischer und Gemeinwohl schädigender Interessen in Forschung, Lehre und Studium.

Die Hochschulräte sollen in reine Beratungsgremien umgewandelt werden, die als Ideengeber und Reflektionsorte die Hochschulen begleiten. Dafür müssen aber künftig z.B. auch die Gewerkschaften, die Friedensbewegung oder auch die nicht-professoralen Mitglieder der Hochschulen sich durch Vertreter/innen an ihnen beteiligen können.

** An der Uni Hamburg sitzt beispielsweise seit Gründung Johann C. Lindenberg im Hochschulrat. Er vertrat den Lebensmittelkonzern Unilever (verantwortlich für weltweite Lebensmittelspekulation), sitzt im Aufsichtsrat von Esso (Öl, Öl, Öl), saß im Aufsichtsrat des Baumarkt-Trusts Praktiker (Pleite mit 20.000 Entlassungen) und sitzt im Aufsichtsrat der Elbphilharmonie (Elbphilharmonie).*